

Köln, 20. Mai.2021

Rede von Prof. Dr. Jürgen Wilhelm (Vorsitzender)
auf der Kundgebung heute in Köln, Heumarkt, 17.30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele von uns werden sich noch an die antiisraelischen Demonstrationen erinnern, die im Jahr 2014 anlässlich des Gaza-Krieges stattfanden. Schon damals war das Ausmaß des Antisemitismus, der sich in verschiedener Form Bahn brach, erschreckend.

Heute scheint es, als würden sich die Ereignisse wiederholen: Erneut finden in zahlreichen Städten Demonstrationen statt, auf denen pauschal gegen Israel sowie allgemein gegen Juden in Deutschland und Europa gehetzt wird: in Gelsenkirchen skandierte eine Menge rhythmisch und immer wieder die Worte „Scheiß Juden“. Auf die Synagoge in Bonn wurden Steine geworfen. Vielerorts wurden israelische Flaggen verbrannt.

In Köln bekannten sich die Teilnehmer einer Kundgebung in Form von Sprechchören zur terroristischen Hamas, deren erklärtes Ziel die Vernichtung Israels und aller in Israel lebenden Juden ist.

Es wurde zwar schon tausendmal gesagt, aber ich wiederhole es auch heute noch einmal: selbstverständlich ist friedlicher Protest gegen die Politik jeden Staates in der Welt im demokratischen Deutschland möglich.

Kritik an der Politik eines Staates oder anderer Akteure als solcher ist weder rassistisch, antimuslimisch oder antisemitisch.

In den letzten Tagen geht es jedoch um etwas anderes:

denn Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland müssen befürchten, persönlich angegriffen zu werden. Sie trauen sich nicht aus dem Haus; sie begleiten ihre Kinder zur Schule. Sie fahren nicht mehr mit der Straßenbahn. Und sie tragen erst recht nicht mehr ihre Kippa. Ihre Gotteshäuser, die Synagogen, werden attackiert, gegen jüdische Personen werden Parolen geschrien.

Wir sehen deshalb mit Schrecken den neuerlichen Ausbruch der Gewalt im Nahen Osten. Wir sehen unschuldige Opfer, Männer, Frauen, Kinder auf beiden Seiten.

Wir hoffen auf politische Bemühungen, die der Gewalt möglichst bald ein Ende setzen.

Wir sehen aber auch den antisemitischen Hass auf unseren Straßen. Nichts rechtfertigt die Bedrohung von Juden in Deutschland oder Angriffe auf Synagogen in unseren Städten.

Es gibt im demokratischen Deutschland keine irgendwie geartete „Sippenhaft“, einen schrecklichen Begriff, den wir nur von den Nazis kennen.

Das müssen alle Menschen, gleich woher sie kommen, gleich, welchen Glauben sie haben, gleich in welcher Weise sie erzogen wurden, gleich, was sie zu Hause gelernt haben, ohne Wenn und Aber akzeptieren!

Wenn einige islamistischen Gruppen Demonstrationsfreiheit dazu missbrauchen, ihre Israel-Vernichtungsideologie zu skandieren und meinen, ihren Antisemitismus ausleben zu können, so sind hier Polizei und Staatsanwaltschaft gefordert.

Denn es gilt: keine Toleranz für die Intoleranz!

Unsere Demokratie ist offen, sie ist frei für jedermann, aber sie ist auch wehrhaft; sie darf nicht naiv sein und den Feinden der Demokratie Raum lassen.

Bei Verletzung des Demonstrations- und erst recht des Strafrechts muss die Parole für alle Behörden, Polizei, Staatsanwaltschaft und die Justiz lauten: rasches und konsequentes Vorgehen. Hier geht es nicht um Kavaliersdelikte; hier geht es um die Qualität unseres Rechtsstaats, der allen Bürgern Schutz bieten muss.

Sonntagsreden helfen nicht. Es braucht auch keine neuen Gesetze.

Es gibt kein Gesetzesdefizit, es gibt aber ein Vollzugsdefizit

Wir sind heute zusammengekommen, um den jüdischen Menschen unsere praktische Solidarität zu zeigen. Wir stellen uns schützend vor sie, denn sie haben nicht allein, aber auch aufgrund der Geschichte Deutschlands unseren besonderen Schutz verdient!

Mindestens seit 1700 Jahren leben Menschen jüdischen Glaubens im deutschsprachigen Raum. Wir wissen das besonders gut hier in Köln. Sie haben unser Leben in vielfacher Weise gesellschaftlich, kulturell, wirtschaftlich bereichert.

Kritik an der Politik Israels rechtfertigt keinerlei Aggression gegen jüdische Menschen oder deren Gebetsstätten oder sonstigen Einrichtungen hier bei uns.

Dem Antisemitismus darf die Straße nicht überlassen werden.

Deshalb treten wir dieser Aggression, ja manchmal sogar diesem Hass gemeinsam entgegen!

Ich bin dankbar, dass Sie unserem Aufruf gefolgt sind.

Wir stellen uns schützend vor unsere jüdischen Freundinnen und Freunde, denn sie haben unsere besondere Anteilnahme, sie haben unsere Solidarität verdient!